

Die unterschätzte Macht der Erdöllobby

Nur ein hoher Ölpreis hilft gegen die Sucht nach dem schwarzen Gold

DANIELE GANSER

Seit mehr als 40 Tagen strömt unkontrolliert Rohöl aus dem Bohrloch im Golf von Mexiko und verschmutzt die Küsten im Süden der USA. Auch unter der Wasseroberfläche treiben grosse Mengen von Erdöl mit der Meeresströmung und werden zur Gefahr für das Ökosystem. Alle Versuche des britischen Erdölkonzerns BP, den Ausfluss zu stoppen, sind bisher gescheitert. Nicht nur Präsident Barack Obama, sondern die ganze Welt kritisiert die Erdölindustrie. Man ist sich einig: So könne und dürfe es nicht weitergehen. Weg vom Erdöl ist die Losung des Tages. Gefordert wird ein Wandel, der berühmte von Obama angekündigte «Change». Gerade in den USA ist dieser Wandel dringend nötig, weil das Land mit einem täglichen Bedarf von 20 Millionen Fass der mit Abstand grösste Erdölkonsument der Welt ist.

Doch von «Change» ist in der amerikanischen Erdölpolitik nichts zu sehen. Zu stark ist der Einfluss der grossen amerikanischen Erdöllobby in Washington. Erdölkonzern wie Exxon Mobil gehören weltweit zu den profitabelsten und mächtigsten Unternehmen. 2008 betrug der Gewinn von Exxon Mobil 42 Milliarden Dollar. Kein Unternehmen, auch nicht Microsoft, Nestlé oder Goldman Sachs, hat je einen solch riesigen Gewinn realisiert. Auch der Reingewinn von BP lag im gleichen Jahr bei beachtlichen 21 Milliarden Dollar.

Natürlich schockieren die Bilder von verklebten Vögeln und Schildkröten, die jetzt elend an den amerikanischen Küsten sterben. Doch die Lobby der Tiere, Meere und Küsten ist schwach im Vergleich zu den Milliardengewinnen der Erdölbranche. Beobachter glauben, dass die Lobby der Erdölkonzern in Washington gar mächtiger sei als die der Banken. «Die Bankenlobby ist enorm einflussreich», sagt Jeremy Grantham von der Bostoner Vermögensverwaltung GMO. «Nur die Energielobby ist noch mächtiger.» Vor den Wahlen haben Energie- und Finanzlobby daher geschickt sowohl den demokratischen wie auch den republikanischen Präsidentschaftskandidaten unterstützt. Indem sie auf beide Pferde setzten, konnten sie sicher sein, am Sieg teilzuhaben.

George W. Bush hatte sich als Mann der Erdölindustrie zum Ärger der Umweltschützer offen dafür ausgesprochen, dass die Bohrungen vor den US-Küsten auch in geschützte Gebiete ausgeweitet werden sollten. Obama stoppte nach seinem Amtsantritt diese Pläne seines Vor-

gängers, sprach von der Wichtigkeit einer intakten Umwelt und signalisierte damit einen Wandel. Doch schon im März 2010 vollzog Obama eine energiepolitische Kehrtwende und genehmigte neue Ölbohrungen im mittleren und südlichen Atlantik und im Golf von Mexiko. Umweltschutzorganisationen protestierten und erklärten Obamas Parole vom Wandel sei eine Floskel, reine Wahlpropaganda. Es sei kein politischer Wille zu erkennen, den Erdölkonsum und die Bohrungen einzuschränken. Der pfiffige Wahlslogan «Yes, we can» wurde in der Realpolitik durch ein mattes «Sorry, we can't» ersetzt.

Nur drei Wochen nach Obamas Kehrtwende explodierte die Bohrplattform Deepwater Horizon. «Wir haben eine massive und möglicherweise noch nie da gewesene Umweltkatastrophe», räumte der Präsident ein und erklärte umgehend, er werde seinen Bohrentscheid nochmals überdenken, Bewilligungen für neue Bohrungen würden jetzt sehr restriktiv vergeben. Doch weder der Klimawandel und das Abschmelzen der Gletscher noch der Angriff auf den Irak oder die massiven Umweltschäden, die durch den Ölsandabbau in Kanada entstehen, haben bisher beim globalen Erdölkonsum eine Trendwende bewirkt. «Sorry, we can't» ist die dominante Haltung. Es ist leidet anzunehmen, dass auch die Ölpest im Golf keine Verhaltensänderung beim Erdölkonsum bewirken kann.

Nur ein hoher und schwankender Erdölpreis kann helfen, die Sucht nach dem schwarzen Gold zu zügeln. Auch die Schweiz muss ihren grossen Erdöldurst von täglich 240 000 Fass – das entspricht 5 Liter pro Person und Tag – reduzieren. Und zwar durch das Steigern von Energieeffizienz in der Mobilität und den Ausbau der erneuerbaren Energien beim Heizen. Die Schweizer Erdöllobby, vertreten durch die Erdöl-Vereinigung in Zürich und ihren Geschäftsführer Rolf Hartl, hat daran kein Interesse. Doch das Beispiel der USA zeigt, dass es für die Mehrheit der Bevölkerung keinen Vorteil bringt, wenn die Energiepolitik in die Hände der einflussreichen Erdöllobby fällt.

«Die Schweizer Erdöllobby hat kein Interesse am Ausbau von erneuerbaren Energien.»



Dr. Daniele Ganser ist Historiker und Friedensforscher. Er untersucht an der Uni Basel den globalen Kampf ums Erdöl und mögliche Auswege aus der Erdölabhängigkeit.